

**Ansprechpartner:**

Jaak Beil

Tel.: 0511 1268-224

Mail: [jbeil@lsb-niedersachsen.de](mailto:jbeil@lsb-niedersachsen.de)

## Pressemitteilung

# LandesSportBund (LSB) Niedersachsen kämpft für eine gerechte Grundsteuer der niedersächsischen Sportvereine

## Mehrere Vereine sind durch Mehrbelastung in ihrer Existenz bedroht

Der LandesSportBund (LSB) Niedersachsen hat sich wegen der drohenden Grundsteuer-Belastung von Sportvereinen mit einem dringenden Appell an die Politik in Niedersachsen gewandt. In einem Schreiben an das Finanzministerium hat der LSB auf die erheblichen Auswirkungen der Grundsteuerreform auf Sportvereine in Niedersachsen aufmerksam gemacht.

Der Reform unterliegt eine Neubewertung des Grundbesitzes, die in einigen Fällen zu einer erheblichen Erhöhung der Grundsteuer führen kann. Befreit sind Vereine, deren Flächen ausschließlich zu gemeinnützigen Zwecken genutzt werden.

Sportvereine, die über Grundbesitz verfügen, der nicht ausschließlich für gemeinnützige Zwecke genutzt wird, könnten von diesen Erhöhungen besonders betroffen sein. Beispiele hierfür sind Grundstücke, bei denen die Grundsteuer über die Betriebskosten auf den Verein umgelegt wird. Exemplarisch dafür steht ein Verein, der mit einer Erhöhung von 10.000 € auf 110.000 € zu kämpfen hat, ein weiterer verzeichnet als Pächter von 21 Flurstücken eine durchschnittliche Erhöhung von 1870 % pro Flurstück.

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat auf Bundesebene in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Finanzministerkonferenz und die Vorsitzende der Sportministerkonferenz auf die Dringlichkeit der Situation hingewiesen.

„Ein weiteres, unnötiges Vereinssterben wäre angesichts der stetig steigenden Mitgliedszahlen in den deutschen Sportvereinen verheerend – und vermeidbar. Vor diesem Hintergrund appelliert der DOSB an die Finanzministerkonferenz der Länder für die Verabredung eines bundesweiten Moratoriums bis zur Einigung auf eine einheitliche Lösung für Sportflächen“, heißt es in dem Schreiben.

Der LandesSportBund Niedersachsen schließt sich diesem Appell an und fordert das niedersächsische Finanzministerium auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sportvereine zu entlasten. „Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die gemeinnützige Arbeit der Vereine nicht durch übermäßige steuerliche Belastungen gefährdet wird“, so der LSB-Vorstandsvorsitzende Reinhard Rawe. „Bis zu einer endgültigen Lösung erscheint das vom DOSB vorgeschlagene Moratorium eine geeignete Zwischenlösung zu sein“, so Rawe weiter.